



Wittekindstraße 31  
50937 Köln  
Mobil: +49 171 362 16 97  
Fax: +49 221 420 06 41  
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de  
www.wgr-beratung.de  
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 3.11.2023

### WGR-Aktuell November 2023

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

so langsam kommen wir in Jahresendstimmung. Eine Endzeitstimmung darf daraus nicht werden. Es fällt etwas schwer optimistisch nach vorne zu schauen. Kriege in unserem Zivilisationskreis bedrücken uns und die wirtschaftlichen Aussichten wirken trübselig.

Kaum dass sich bei der Inflationsentwicklung Entspannung abzeichnet, fordern die Arbeitnehmervertreter des öffentlichen Dienstes mal eben 10,5 % Plus und mindestens 500 € mehr als sei dies das größte Selbstverständnis. Darüber wird auch noch freundlich berichtet, ach ja, natürlich, wird doch mit Rundfunkbeiträgen öffentlicher Dienst finanziert. Der WDR wurde einst als einzige Behörde Deutschlands definiert, die Rundfunk macht.

Da will die GDL für Lokführer nicht im Abseits stehen. Wie bei Verdi werden erstmal Streiks angekündigt, bevor es überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen kommt. Insbesondere diese beiden Gewerkschaften verstehen sich seit Jahren bestens darauf, mit großem Getöse und enormer Kampfbereitschaft aufzutreten. Begründung: Wenn wir das nicht so laut und aggressiv machen, bewegen sich die geizigen Arbeitgeber nicht und wir gehen leer aus.

Warum aber geht das einigermaßen friedlich bei der IG Chemie? Oder der bedeutsamen IG Metall? Zwei Möglichkeiten: Entweder sind diese Gewerkschafter doofer als unsere Streikhähne oder die Arbeitgeber sind dämlicher als die der öffentlichen Hand und der Bahn. Es kann natürlich als dritte Möglichkeit auch sein, dass Chemie und Metall vernunftbetont agieren und auf einen Konsens aus sind.

Da denkt man doch immer, bei der öffentlichen Hand (und der Bahn) wäre alles behäbiger und weniger radikal als in der freien Wirtschaft. Auch sollten Stempelschwinger weniger krawallig sein als Malocher in der Fabrik. Ja – die Wortwahl zeigt: Das mag früher so gewesen sein. Aber irgendetwas hat einen Wandel bewirkt.

Einem erfahrenen Steuerberater fällt dazu folgendes Gleichnis ein. Die Anzahl der Finanzgerichtsurteile, die sich mit steuerpflichtigen Betrieben der Öffentlichen Hand beschäftigen, haben in den letzten 20 Jahren ein verblüffend hohes Ausmaß erreicht. Wenn es um Steuern geht, hört der Spaß auf und der Respekt vor den Beamtenkollegen auf der Gegenseite sprich Finanzamt schwindet. Böse Zungen, also Berater, die solche Betriebe beraten, tuscheln, dass die Betriebsprüfungen der Finanzämter es immer dann besonders leicht gehabt hätten, wenn der Steuerpflichtige kein Unternehmer sondern eben auch ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienst gewesen sei. Prüfer wurden begrüßt mit den Worten: Sie möchten Steuern? Gerne doch, darfs etwas mehr sein?

Ernsthaft, wirklich? Wie das? Na ja, das läge eben daran, dass ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienst nicht für unternehmerisches Handeln und den Erfolg des Unternehmens verantwortlich sei sondern nur für eine korrekte Arbeitsweise. Und wenn dann Steuern, also Einnahmen, aus denen man selbst sein Gehalt bezieht, nachzuzahlen seien, dann wäre es so und man könne nichts dagegen machen. Das Add-On der Steuerlast muss man ja auch nicht selbst leisten und es gibt keine Aktionäre oder sich in ihrem Wohlstand bedrohte Unternehmenseigner, die aufbegehren.

Weil dann aber die Selbstbedienung des Staats in Form des Fiskus beim Staat in Form der Staatsbetriebe manchmal zu weit geht und es durchaus Führungspersönlichkeiten gibt, die sich nicht alles gefallen lassen, kommt es halt zu aufwändigen Gerichtsprozessen, die teils sehr skurrill wirken. Da geht es oft um die Verrechnung von Gewinnen mit Verlusten und Gestaltungen, die der freien Wirtschaft selbstverständlich sind, aber nicht in das Korsett der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Hand passen und somit dem Fiskus ein Einfallstor liefern.

Eine Allegorie zu Verdi und GDL? Ja, tatsächlich denn die treffen mit ihren Forderungen keine mittelständischen Betriebe oder Konzerne mit „freiwilligen“, sprich u.U. vergänglichen Arbeitsplätzen, sondern auf Behörden (sorry, die Bahn ist auch eine). Weder die öffentliche Hand noch die Bahn können es sich leisten, Arbeitsplätze abzubauen. Sie sind auf Gedeih und Verderb auf die Mitarbeiter angewiesen, können niemanden entlassen und auch nicht ins Ausland abwandern. Ein wundervoller Gegner: Steht still da als Zielscheibe und kann nicht weglaufen.

Die zweite Gemeinsamkeit ist, dass jemand anderes zahlt. Bei Verdi ist es eben die öffentliche Hand und bei der Bahn der Fahrgast, der im Inland nur selten eine Alternative hat. Kann man nix machen, gell? Muss man also zahlen.

So gesehen ist es einfach zu erklären, weshalb gerade Verdi und GDL so scharf und streikbereit sind. Es wäre seltsam, wenn es nicht so wäre. Ob die Kollegen von der IG Metall neidisch herüber blicken ob dieser komfortablen Situation der Kollegen, ist nicht überliefert.

Kann man das vielleicht irgendwie entschärfen? Nun ja, eine einfache Erkenntnis würde schon helfen, wenn sie Allgemeingut würde. Die Öffentliche Hand, die mehr als 10% Lohnerhöhung schlucken soll, ist nicht der Dukatenesel, sondern das sind wir, die Steuerzahler. Übrigens zählen zu uns auch die Mitarbeiter der öffentlichen Hand, denn die müssen auch Steuern zahlen. Bei einer gewissen Vernunftbegabung könnte man die Komfortzone des Haudruffs um ein Verantwortungsgefühl gegenüber dem steuerzahlenden Bürger bereichern.

Das gilt auch für die Bahn. Da müssen unbotmäßige Lohnerhöhungen von den Fahrgästen bezahlt werden. Wer also fröhlich die GDL unterstützt, sollte nicht über die nächsten Ticketpreiserhöhungen meckern. Das eine ist die Folge des Anderen. Und da wäre auch noch die Stilfrage: Am liebsten lassen die GDLer es zu den Hauptreisezeiten knallen. Das ist wirkungsvoll und man macht sich scheinbar keine Sorgen, dass dies der Mehrheit der Bevölkerung oder wenigstens der Reisenden so auf den Wecker geht, dass die GDL Imageverluste erleidet. Dafür sorgt auch die beliebte, wenn auch verstaubte Tagesschau: Da werden am Bahnhof betroffene Reisende interviewt, die immer das Gleiche sagen: Das ist jetzt schrecklich und sehr ärgerlich, aber man verstehe die Mitarbeiter hinsichtlich Ihrer Forderungen. Soll wohl heißen, unmöglich, dass die Bahnchefs den Forderungen nicht einfach nachgeben.

Es ist also scheinbar gesellschaftlicher Konsens den Streik auf dem Rücken der Reisenden auszutragen. Es meckert keiner gegen den Aggressor. Geht das auch anders? Ja, der Chef der Schweizer Bahn hat auf die Frage, weshalb es in der Schweiz keine Bahnstreiks gäbe, sinngemäß geantwortet, dass die dortige Gewerkschaft sich der Verantwortung einer funktionsfähigen Bahn im gesamten Land bewusst sei und die Solidarität mit Ihren Kunden ihrem Selbstverständnis entspreche. Werden die Schweizer Eisenbahner schlechter bezahlt als die deutschen Kollegen? Nein, natürlich verdienen sie besser.

Da die Weihnachtszeit naht, wünschen wir uns ein Stück dieser Schweizer Solidarität für unsere Verhandlungspartner.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell